

Haushaltsrede von Landrat Detlef Piepenburg

am 22. Oktober 2018 im Kreistag zur

Einbringung des Haushaltes 2019

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie immer im Herbst: Andernorts wird die letzte Ernte eingebracht und bei uns im Kreistag geht es schon um den Haushaltsentwurf für das nächste Jahr. 2019 sind Kommunalwahlen und das heißt: Dies ist der letzte Haushalt, den dieser Kreistag verabschiedet. In den vergangenen Jahren hatten wir immer günstige konjunkturelle Rahmenbedingungen für unsere Haushaltsbeschlüsse. Und der Konjunkturwind steht auch für das kommende Jahr günstig:

Die Wirtschaft hat sich weiter gut entwickelt. Die Steuern in Deutschland sind seit 2010 stetig gestiegen und die Steuerschätzung vom Mai prognostiziert die Fortsetzung dieses Trends für alle staatlichen Ebenen. Trotz der etwas rückläufigen Prognosen verschiedener Wirtschaftsinstitute und trotz bestehender Risiken und Unwägbarkeiten wegen globaler Handelskonflikte oder geopolitischer Gefahrenherde zeigt sich die deutsche Konjunktur weiterhin solide.

Vor allem binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte tragen gegenwärtig den Aufschwung. Der Auftragsbestand im verarbeitenden Gewerbe ist weiterhin

sehr hoch, das Dienstleistungsgewerbe vermeldet immer wieder neue Rekorde und das Baugewerbe hat Hochkonjunktur.

Hinzu kommt: Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist nach wie vor steigend. Die Arbeitslosigkeit nimmt ab, die Beschäftigung und das verfügbare Einkommen nehmen zu. In Folge dessen ist dann auch die Stimmung im Handel gut.

Auch die IHK Heilbronn–Franken berichtet in ihrem aktuellen Wirtschaftslagebericht für das dritte Quartal 2018, dass die Geschäftslage von den regionalen Unternehmen genauso positiv wie im Vorquartal beurteilt wird. Die Einschätzungen liegen nach wie vor weit über dem langjährigen Mittelwert und in der Nähe des Rekordniveaus vom Jahresbeginn. Die Arbeitslosenquote des Landkreises liegt im September bei historisch niedrigen 3,0 %.

Was heißt das nun für den Haushaltsentwurf 2019?

Erfreulicherweise finden sich die guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten in einigen Haushaltsansätzen wieder. So steigen zum Beispiel aufgrund der guten Steuereinnahmen beim Bund und Land unsere Schlüsselzuweisungen vom Land um mehr als 10 Mio. €.

Leider gibt es aber auch Ansätze, bei denen die Entwicklung nicht so positiv ist. Zum Beispiel entwickelt sich etwa die Steuerkraftsumme unserer Städte und Gemeinden entgegen dem landesweit positiven Trend schwächer. Das führt dann auch zu einer etwas rückläufigen Steuerkraft des Landkreises, und

zwar um rund 1 %. Wir gehen allerdings davon aus, dass wir in den kommenden Jahren wieder steigende Zahlen haben.

Diese rückläufigen Steuereinnahmen führen dann auch zu geringeren Einnahmen bei der Kreisumlage.

Und falls Sie nun einen Vorschlag für eine Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes erwarten ... da kann ich Sie zum Glück beruhigen ... das Gegenteil ist der Fall: Wir schlagen vor, den Kreisumlagehebesatz für 2019 um einen Punkt auf 29 %-Punkte zu senken.

Dies ist möglich, weil unser Haushaltsentwurf trotz der niedrigeren Steuerkraftsumme unserer Städte und Gemeinden mit einem positiven Ergebnis von 400 000 € abschließt. Und das bei Erträgen und Aufwendungen von 367 Mio. €.

Schauen wir uns nun näher an, wofür diese 367 Mio. € vor allem gebraucht werden. Wo müssen wir sie einsetzen, um unseren Landkreis in der Spur zu halten und weiter voranzubringen?

Richten wir zuerst den Blick in die Verwaltung.

Ein immer größer werdendes Problem ist die Gewinnung von Fachpersonal. Dies brauchen wir dringend, denn nur Fachkräfte bieten die Gewähr, dass das Landratsamt in allen Bereichen rund läuft. Probleme gab es hier auch schon in den letzten Jahren, aber die anhaltende Hochkonjunktur mit einem leergefegten Arbeitsmarkt hat die Situation noch weiter verschärft. Es ist deshalb schwierig, zum Teil sehr schwierig und manchmal fast unmöglich

Stellen zeitnah und vor allem qualifiziert zu besetzen. Hinzu kommt: Die Digitalisierung der Arbeitswelt verschärft den Fachkräftemangel und verlangt immer mehr Flexibilität.

Wir müssen hier verstärkt in Schulungen investieren und selbst Ausbildungsberufe darauf ausrichten. Wir bieten beispielsweise keine Ausbildung mehr zur Kauffrau für Büromanagement an, sondern bilden stattdessen Verwaltungsfachangestellte aus. Auch die IT-Ausbildungsberufe werden an den Bedarf angepasst. Weil andere Verwaltungen und Unternehmen ebenfalls händeringend Personal suchen, entsteht zwangsläufig eine höhere Fluktuation. Personalgewinnungs- und Personalbindungsmaßnahmen nehmen deshalb immer mehr Raum ein.

So versuchen wir ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger zu halten und unsere Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. Um neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, machen wir online-Werbung, gehen in Schulen und auf Messen.

All das kostet Geld. Trotzdem schaffen wir es voraussichtlich nochmals, den Personalhaushalt mit knapp 70 Mio. € zu bestreiten.

Die Digitalisierung führt aber auch zu höheren Sachkosten. Die steigen ununterbrochen, denn der Service für unsere Einwohnerinnen und Einwohner soll ja immer weiter verbessert werden. Und jeder digitale Ausbau bedeutet eben auch weitere Hard- und Software, weiteren Ausbau der IT-Infrastruktur und natürlich auch mehr Rat und Hilfe von externem IT-Fachpersonal.

Über 200 Fachanwendungen und Spezialprogramme müssen heute schon stetig gewartet und immer auf dem neuesten Stand gehalten werden. Dies schlägt sich natürlich auch in höheren Service- und Softwarewartungskosten nieder. 2019 wollen wir rund 1.500 Arbeitsplatzrechner und Notebooks auf die aktuellen Microsoft-Betriebssysteme und die Bürosoftware umstellen. Da kommt eine beträchtliche Summe allein für Softwarelizenzen zusammen.

Nach der Kommunalwahl 2019 wollen wir übrigens auch die digitale Gremienarbeit einführen. Die Mitglieder des Kreistages werden dann künftig über ein Tablet Sitzungsunterlagen papierlos erhalten.

Alles in allem wenden wir für EDV beinahe 4. Mio. € auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den größten Anteil am Haushalt nimmt wie immer der Sozialhaushalt ein. Die kostenintensiven Blöcke liegen auch nächstes Jahr im Wesentlichen in den Leistungen nach SGB II, der Eingliederungshilfe nach SGB XII und der Jugendhilfe nach SGB VIII.

Für die Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II kommt es auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften an. 2019 rechnen wir durchschnittlich mit 6.000 Bedarfsgemeinschaften. Dabei erwarten wir, dass die absolute Zahl der Bedarfsgemeinschaften nicht stark steigt, sondern sich Ausgabensteigerungen vor allem dadurch ergeben, dass die Personenzahl innerhalb der einzelnen Bedarfsgemeinschaft zunimmt (etwa auch durch den Familiennachzug bei Flüchtlingen). Die laufenden Kosten der Unterkunft, die

der Landkreis zu übernehmen hat, werden auf 29 Mio. € geschätzt - das sind rund 450 T€ mehr als 2018. Dabei gehen wir davon aus, dass der Bund voraussichtlich 46 % der Aufwendungen erstattet. Absolut sind das 14 Mio. €, 1 Mio. € weniger als 2018, denn im laufenden Haushaltsjahr beteiligt sich der Bund noch mit 52 %.

Schauen wir auf die Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege:

Die Kosten für die Eingliederungshilfe steigen. Das liegt an höheren Tarifabschlüssen, an der Zunahme bei ambulanten Wohnformen sowie an allgemeinen Fallzahlensteigerungen.

Hinzu kommen auch noch die finanziellen Auswirkungen der zweiten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes. Danach gibt es z.B. neue Leistungen, um eine bessere Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen.

Wir rechnen für die Eingliederungshilfe 2019 insgesamt mit Ausgaben von 52 Mio. €, das sind 3 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Im Bereich der stationären Pflege führen Tarifierhöhungen, die Umsetzung verbesserter Personalschlüssel sowie die Landesheimbauverordnung (*nur noch Einzelzimmer*) zu Mehrausgaben von 800.000 €.

Werfen wir dann noch einen kurzen Blick auf die Jugendhilfe:

Bei den Hilfen für junge Menschen bleibt es voraussichtlich bei Ausgaben von 50 Mio. €. Zwar steigen die Fallzahlen bei den ambulanten Hilfen und bei den Aufwendungen für die Kindertagespflege, die dadurch verursachten

Mehrausgaben werden aber ausgeglichen durch den Rückgang der Zahl der Hilfen für untergebrachte unbegleitete minderjährige Ausländer.

Übrigens halten wir nicht nur für diesen Personenkreis weiter an unseren Anstrengungen für eine gute Integration der vielen Menschen fest, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind. Da hängt vieles auch von einem guten Einstieg ab. Die dezentrale Unterbringung und der kommunale Schulterschluss waren dies.

Integration ist und bleibt eine große Aufgabe. Nicht zuletzt mit unserem Integrationskonzept haben wir zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Wir fördern unter anderem ein Netzwerk von Sprachmittlern, die bei Behördengängen helfen, und ein Netzwerk von Elternmentoren, die bei Terminen in Bildungseinrichtungen übersetzen. Die Projekte „Gemeinsam in Vielfalt III“ und „Qualifiziert engagiert“ tragen dazu bei, dass sich Ehrenamtliche weiterbilden und kleinere Integrationsprojekte finanziert werden können.

Über die Integrationsmanager, die im Laufe des Jahres ihre Arbeit bei uns aufgenommen haben, erhalten wir viele positive Rückmeldungen sowohl von unseren Kommunen als auch von Ehrenamtlichen. Die Integrationsmanager haben es geschafft, Schnittstelle und Ansprechpartner für die Flüchtlinge, aber auch für Kommunen und Ehrenamtliche zu werden. Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass die Integrationsmanager schon aufgrund ihrer begrenzten Anzahl die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht ersetzen oder übernehmen wollen und können. Oder noch deutlicher gesagt: Ohne die Arbeit der

Ehrenamtlichen kann die Arbeit der Integrationsmanager nicht gelingen. Deshalb gilt unseren Ehrenamtlichen nach wie vor ein großer Dank für ihren Einsatz.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auch im nächsten Jahr die Ehrenamtlichen so gut wie möglich unterstützen, informieren und Erfahrungsaustausch und Fortbildungen für sie anbieten.

Nun zu einem anderen Thema, zu unseren Schulen.

Da richtet sich der Blick auf unsere stets angespannte Raumsituation. Hier ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler von entscheidender Bedeutung. Wir erwarten für das kommende Schuljahr in unseren beruflichen Schulen leicht rückläufige Schülerzahlen. Leider bringt das aber für unsere Raumsituation dennoch keine Entlastung, denn die Zahl an Schulklassen wird sich nicht ändern.

Uns bereitet auch Sorge, dass das Land zu erkennen gegeben hat, in den Berufsschulen Kleinklassen konsequent zu schließen. Das könnte dazu führen, dass unter Umständen eine Berufsausbildung bei uns komplett wegfällt und in Schulen anderer Kreise verlagert wird. An unseren Schulen gehen z.B. die Schülerzahlen bei den Nahrungsmittelberufen, wie Bäcker und Metzger, und auch bei den Floristen stark zurück. So verständlich der Druck zu Einsparungen beim Land ist, es braucht auch weiterhin kleinere Klassen zum Erhalt bestimmter Berufe in der Fläche. Wir werden alles versuchen, um eine Verlagerung solcher Schulklassen an andere, weiter entfernte Standorte zu verhindern.

Der vom Kreistag neu beschlossene Ausbildungsgang für Pharmazeutisch Technische Assistenten (*PTA*) zum Schuljahr 2018/19 läuft gut an und die Anmeldungen von 30 Schülern bestätigen unsere Einschätzung zum vorhandenen Bedarf.

Die Digitalisierung wird auch an unseren Schulen immer bedeutender. An der Christian-Schmidt-Schule Neckarsulm werden weitere Ausbauschritte zur Umsetzung von Industrie 4.0 erfolgen. Erstmals wird auch eine engere Vernetzung mit der Andreas-Schneider-Schule angestrebt. Mit einem hoffentlich erfolgreichen Zuschussantrag beim Land wollen wir die in unserem Haushaltsentwurf eingestellten Mittel von knapp 500.000 € noch deutlich erhöhen.

Und in unserem Berufsschulzentrum Heilbronn-Böckingen haben die naturwissenschaftlichen Räume eine Ertüchtigung nötig. Hierzu haben wir Mittel aus dem Sanierungsfonds des Landes beantragt und es wurden 2,5 Mio. € bewilligt.

Da drängt sich die Frage auf, wie es mit dem Berufsschulzentrum weitergehen soll. Wir kommen nicht umhin, 2019 die grundlegende Entscheidung zu treffen, ob das Berufsschulzentrum generalsaniert oder durch einen Neubau ersetzt werden soll. Für einen Neubau erhalten wir allerdings derzeit keine Fördermittel. Über die Fortführung des Kommunalen Sanierungsfonds ab 2021 hat das Land noch keine Entscheidung getroffen. Der Sanierungsbedarf ist allerdings in ganz Baden-Württemberg hoch. Deshalb wäre eine Verstärkung des Förderprogramms dringend

erforderlich. Wir bereiten derzeit die Entscheidungsgrundlagen vor, so dass der neue Kreistag voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2019 eine Entscheidung treffen kann.

Eine hohe Bedeutung kommt unseren Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zu – besser bekannt als unsere Sonderpädagogischen Schulen.

Hier prognostiziert zwar das Statistische Landesamt, dass künftig ca. 25% der Sonderschüler inklusiv beschult werden. Die aktuellen Schätzungen unserer Schulleitungen gehen allerdings davon aus, dass wir weiterhin eine konstante Schülerzahl an unseren Schulen haben werden.

In unseren Sonderpädagogischen Schulen steigen die Aufwendungen für die Betreuungsleistungen, weil wir angesichts der zunehmend schwereren Fälle mehr Pflegekräfte und anderes besonders qualifiziertes Personal brauchen.

Gute Nachrichten gibt es für unsere Astrid-Lindgren-Schule in Neckarsulm: Beim kurzfristig eingerichteten Sanierungsfonds des Landes wurden Mittel für die Sanierung von Küchen- und Sanitärräumen beantragt und genehmigt. Die Baumaßnahmen im Umfang von 1 Mio. € werden 2019 durchgeführt.

Die Entwicklung der Schülerzahlen ist nicht nur für die Raumsituation an Schulen, sondern auch für die Mobilität von großer Bedeutung.

Mobilität ist unverzichtbar für einen starken Wirtschaftsraum. Unsere Hauptfelder liegen hier beim Schienen- und Busverkehr, unseren Kreisstraßen und auch beim Radverkehr.

2019 bringt für den Schienenverkehr eine Reihe von Änderungen, ganz besonders auf der Frankenbahn, die für uns der Anschluss an das ICE-Netz ist. Ab Fahrplanwechsel im Dezember 2019 werden hier anstelle der Deutschen Bahn zwei neue Betreiber im Auftrag des Landes die Bedienung übernehmen.

Die Abellio Rail Südwest GmbH wird auf der Neckartalstrecke Stuttgart – Heilbronn – Mannheim und bis Osterburken fahren und auf der Strecke Stuttgart – Heilbronn – Würzburg wird das Unternehmen Go Ahead den Regionalverkehr übernehmen. Wir stehen angesichts dieser grundlegenden Veränderungen im nächsten Jahr in intensivem Kontakt mit beiden Unternehmen und wir hoffen, dass die zwischen dem Land als Aufgabenträger und den Betreibern vereinbarten Leistungen auch so umgesetzt werden. Sie erinnern sich, 2011 standen wir schon einmal kurz davor und das Land wollte für 2014 den Stundentakt und auch besseres Wagenmaterial bestellen. Das ist auch zwingend nötig, gerade auf der Strecke nach Würzburg. Natürlich müssen aber auch Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit stimmen. Heute stellt vor allem der Fachkräftemangel die Unternehmen noch vor große Herausforderungen.

Für die drei Schienenstrecken Zabergäubahn, Krebsbachtalbahn und einer möglichen Schienenverbindung Heilbronn – Beilstein – Marbach

sind Untersuchungen eingeleitet. Wir hoffen im Laufe des Jahres jeweils wieder einen Schritt weiterzukommen.

Dann noch zur Stadtbahn:

Der Betrieb auf der Stadtbahn Nord ist stabil und wenig störanfällig. Er entspricht einigermaßen den Vorgaben des Landes in Punkto Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Erfreulich ist auch eine weitere Fahrgaststeigerung auf den Ästen S 41 und S 42, also nach Mosbach und Sinsheim.

Sorgenkind bleibt der Betrieb auf der S 4 von Eppingen nach Öhringen. Dort gibt es mehr Verspätungen und Zugausfälle. Ursachen sind die Zugumläufe und die Personalprobleme, die sich aus dem schon mehrfach angesprochenen allgemeinen Fachkräftemangel ergeben.

Auf unsere wiederholt vorgebrachte Kritik hat die AVG Maßnahmen ergriffen, um die Situation zu verbessern. Es bleibt zu hoffen, dass diese nach und nach greifen.

Bei den Busverkehren sind Berufstätige und vor allem Schüler die Hauptnutzer. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Schülerzahlen bei uns nicht zurückgegangen sind. Es ist und bleibt deshalb eine Daueraufgabe, den Schülerverkehr zu optimieren, so wie aktuell in den Verkehrsräumen Bäderstädte und Weinsberger Tal.

Aber auch für die anderen Nutzer haben wir wieder etliches verbessert, sei es die Anbindung an Lichtenstern oder sei es mit Fahrten im westlichen

Landkreis. Und im Schozach-/Bottwartal wurden außerdem die ersten Schritte zur Neukonzeption der Busverkehre unternommen. Die künftigen Fahrpläne sollen dort besser auf die veränderte Verkehrssituation angepasst werden.

Fester Bestandteil der Mobilität ist auch der Radverkehr. Er ist längst nicht mehr nur Freizeitsport, sondern für viele das tägliche Beförderungsmittel. Erfreulicherweise möchte das Land einen Landesradschnellweg zwischen Bad Wimpfen und Heilbronn bauen. Der Landkreis hat gemeinsam mit den Städten Heilbronn und Neckarsulm eine Machbarkeitsstudie für schnelle Radwege zum Anschluss an diesen Landesradschnellweg in Auftrag gegeben.

Außerdem werden wir Ihnen in der Dezembersitzung ein Konzept vorstellen, wie das Radwegenetz insgesamt im Kreis weiter verbessert und insbesondere auch an die veränderte Radnutzung angepasst werden kann. Dabei wird es dann um Verknüpfungen des Radverkehrs zum ÖPNV, Radabstellmöglichkeiten oder sichere Radwegverbindungen für Schüler oder Anbindung zahlreicher Arbeitsplätze gehen.

Natürlich werden auch weiterhin viele mit dem Auto zur Arbeit fahren und damit auch unsere Kreisstraßen nutzen. Unser Straßenbauprogramm sieht für 2019 folgende größere Maßnahmen vor:

- K 2000 Neckarsulm (Umbau und Sanierung auf Höhe Tor 4 der Fa. Audi)
- K 2043 Obergimpfern (Sanierung der Ortsdurchfahrt)
- K 2151 Neipperg (Sanierung der Ortsdurchfahrt)

In der Planung befinden sich weiterhin folgende Maßnahmen:

Zunächst der Dauerbrenner K 2001 / L 1088 mit dem Bau eines Kreisverkehrs in Oedheim. Am geplanten Kreisverkehr werden zwei Kreisstraßenäste und zwei Landesstraßenäste angebunden. Neben dem Kreisverkehr ist darüber hinaus auf ca. 1 km Länge ein Straßenneubau notwendig. Bzgl. des Kreisanteils ist zudem die Bezuschussung nach LGVFG erforderlich. Im Sommer dieses Jahres hat ein Gespräch mit Herrn Verkehrsminister Hermann, der die Maßnahme ausdrücklich unterstützen möchte, die Sache deutlich vorangebracht.

Und noch etwas erfreuliches: Auch der Ausbau der K 2069 bei Tripsdrill in Clebronn kommt voran. Diese Straßenbaumaßnahme wird als Gemeinschaftsmaßnahme der Landkreise Heilbronn und Ludwigsburg geplant. Nach jahrelangen zähen Verhandlungen ist nun endlich der notwendige Grunderwerb gelungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mobilität ist unserem prosperierenden Raum eine entscheidende Herausforderung, auch wegen der steigenden Einwohnerzahl. Für einen guten ÖPNV, gut ausgebaute Straßen und Radwege werden wir auch in den nächsten Jahren noch viel zu leisten haben. Wir bohren da an einem dicken Balken, aber wir werden alle vernünftigen Chancen nutzen.

An einem dicken Balken bohren wir auch beim Thema Krankenhäuser und bei den Planungen in Möckmühl und Brackenheim:

Für die neuen Gesundheitszentren in Möckmühl und Brackenheim wird der Landkreis seinen Anteil an den Gesamtkosten von ca. 33 Mio. € tragen.

Bereits im laufenden Haushalt 2018 sind mehr als 3,5 Mio. € finanziert und für 2019 haben wir jetzt im Haushaltsentwurf knapp 5 Mio. € eingestellt.

In Brackenheim wie in Möckmühl wird aus heutiger Sicht nächstes Jahr mit dem Bau begonnen. Die neuen Gesundheitszentren werden zu einer guten Versorgung beitragen, denn wir haben inhaltlich eine ganze Menge erreicht.

Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass sowohl in Brackenheim wie auch in Möckmühl der Notarztstandort und die ambulante Notfallversorgung beibehalten bleiben.

In Brackenheim wird die bereits seit April im Altbau des Krankenhauses betriebene chirurgisch-orthopädische Praxis in den Neubau einziehen, ebenso die geriatrische Rehabilitationsklinik. Mit der Einrichtung einer Psychiatrischen Institutsambulanz, die gerade für ältere Patienten von großer Bedeutung ist, sind wir noch mit der Kassenärztlichen Vereinigung in Abstimmung. Im Neubau wird es ein Eingriffszentrum für Ambulantes Operieren geben. Und es wird Vorhalteflächen für den Fall geben, dass weitere Ärzte sich dort niederlassen wollen. Es wurden auch für das Modellprojekt Kurzzeitpflege Vereinbarungen geschlossen. Da braucht es allerdings für die Umsetzung noch weitere Entscheidungen auf Landesebene.

In Möckmühl ist eine Allgemeinarztpraxis vorgesehen, es wird eine chirurgisch-orthopädische Praxis, ein Eingriffszentrum für Ambulantes Operieren, eine gynäkologische Praxis und eine Zahnarztpraxis geben. Dazu kommt eine Praxis für Physio-, Logo- und Ergotherapie. Und auch hier sind die Vereinbarungen für ein Angebot zur Kurzzeitpflege geschlossen, aber es bedarf zur Umsetzung noch Entscheidungen auf Landesebene.

Noch ein paar Ausführungen zu SLK. Heute Morgen hatten wir den Spatenstich für den 2. Bauabschnitt am Gesundbrunnen mit Herrn Minister Manne Lucha. Diese Maßnahme wie auch die Neubauten des ersten Abschnitts und des Plattenwaldes sollen neben den damit verbundenen Verbesserungen für die Patienten auch zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit beitragen.

Wir können trotz schwieriger Rahmenbedingungen davon ausgehen, dass das einkalkulierte Defizit von knapp 9 Mio. € 2017 ein einmaliges Ergebnis war. 2018 werden wir zwar noch keine schwarze Null haben, aber wir sind auf einem guten Weg. Mit den strukturellen und gesellschaftsrechtlichen Umstellungen und Anpassungen haben wir uns gut aufgestellt, um dieses Ziel in den kommenden Jahren zu erreichen.

Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es im Zuge der aktuellen Reformen im Gesundheitswesen auf Bundesebene nicht zu weiteren Verschlechterungen kommt. Da droht aktuell noch Ungemach, wenn etwa der bisher gewährte Pflegezuschlag ohne Kompensation gestrichen werden sollte.

Und auch bei den SLK-Kliniken ist eines der größten Probleme die Gewinnung von Fachkräften. Stand vor einigen Jahren ein befürchteter Ärztemangel im Vordergrund, werden inzwischen darüber hinaus Pflege- und Funktionskräfte händeringend gesucht. Wie dramatisch die Situation landesweit ist zeigt sich daran, dass in Baden-Württemberg über 1200 Pflegekräfte und 400 Krankenhausärzte fehlen. Hinzu kommen 500 fehlende Ärzte im niedergelassenen Bereich. 75 % aller Krankenhäuser in Baden-Württemberg bezeichnen es deshalb auch als schwierig oder sogar sehr schwierig, ausreichend Pflegepersonal zu bekommen. Das gilt auch für andere Berufsgruppen. Hier verschärft ein Thema die angespannte Situation zusätzlich: die bestehende Überregulierung. Eine Pflegekraft muss heute rund 40 % ihrer Arbeitszeit für bürokratische Arbeiten einsetzen. Diese Zeit fehlt dann für die Patienten. Eine gewisse Kontrolle, nicht zuletzt auch der Qualität, muss sein. Einverstanden. Aber hier ist die Grenze zwischen maßvoller Kontrolle und überbordendem Regulierungswahn deutlich überschritten.

In den letzten Jahren haben wir für unsere Krankenhäuser viel Geld investiert. Und auch mittelfristig werden wir noch einiges zu stemmen haben. Deshalb noch eine Bemerkung zur Verschuldung: Angesichts unserer hohen Investitionen planen wir zum Ende des Jahres 2019 voraussichtlich knapp 85 Mio. € ein. D.h., trotz der hohen Ausgaben ist es uns gelungen, eine maßvolle und tragbare Verschuldung sicherzustellen.

Und zu guter Letzt komme ich zu unserem Abfallwirtschaftsbetrieb.

Nächstes Jahr feiert er Geburtstag und hat ein schönes Jubiläum. Dann besteht der AWB 25 Jahre als kommunaler Eigenbetrieb.

Die wichtigste Feststellung dazu: Er läuft und läuft und er läuft gut.

Eindrucksvoll wird dies zum Beispiel dadurch bestätigt, dass entgegen des allgemeinen Trends im Landkreis Heilbronn das Pro-Kopf-Aufkommen an Restmüll sinkt und die erfassten Wertstoffe je Einwohner dagegen steigen. Die vorausschauenden Weichenstellungen des Kreistages und deren Umsetzung durch den AWB waren richtig. Vor allem zeigt es aber auch, dass die Menschen hinter unserem Konzept stehen. Abfall ist eine Ressource und kann so sehr gut stofflich und zum Teil eben auch energetisch genutzt werden.

Nichtsdestotrotz wird sich der AWB auch in seinem Jubiläumsjahr wie auch in all den Jahren seines Bestehens mit Veränderungen befassen müssen.

Die zwei wesentlichsten sind dabei:

Zum 1. Januar ersetzt das Verpackungsgesetz die bisher maßgebende Verpackungsverordnung. Im Zuge dessen müssen unsere Verträge mit den 9 Dualen Systemen, die bis Ende 2019 befristet sind, in den nächsten Monaten auf neue Beine gestellt werden. Abstimmungsvereinbarungen sind abzuschließen und Mitbenutzungsverträge auszuhandeln.

Und zum 1. Juli 2019 haben wir auch die Bioabfallverwertung neu geregelt. Dabei erfolgt der Einstieg in die Bioabfallvergärung und dies vor Ort in Kooperation mit einem mittelständischen Unternehmen.

Auch 2019 können die Abfallgebühren unverändert bleiben. Darüber werden wir ja gleich beim nächsten Tagesordnungspunkt beraten und beschließen. Das bedeutet dann bereits 14 Jahre stabile Gebühren auf im Landesvergleich niedrigstem Niveau und das bei einem sehr guten und sicheren Entsorgungsangebot.

Auch die Benutzungsgebühren für die Erddeponien sollen - trotz Neuberechnung der Nachsorgekosten und massiven Preissteigerungen - stabil bleiben.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb ist weiterhin schuldenfrei, hat eine hohe Eigenkapitalquote und erhebliche Rückstellungen, nicht zuletzt für die Folgekosten des Deponiebetriebes. Damit haben wir eine solide Basis für die Herausforderungen der Zukunft.

Seit nunmehr 5 Jahren gibt es auch die dem AWB zugehörige Stabsstelle Energie und Klima. Auf die einzelnen Projekte möchte ich heute nicht eingehen. Aber: Unsere Stabsstelle arbeitet mit großem, landesweit beachtetem Erfolg, so dass nun sogar die „Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA)“ auf der Karte der Regionalen Energieagenturen den Landkreis HN nicht mehr als „weißen Fleck“ darstellt.

So meine Damen und Herren, und damit komme ich zum Schluss.

Ich bitte Sie nun, den Haushaltsplanentwurf ohne weitere Aussprache an die Ausschüsse zur Beratung zu verweisen.